

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum 30 \mathcal{A} .
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Soll die kapitalistische Ausbeutung liquidiert oder verschärft werden?

Die bürgerliche und die Arbeitgeberpresse ist unermüdet in der Registrierung und der Ausschmückung aller Vorkommnisse auf dem Arbeitsmarkt. Ueber Lohnbewegungen und Streiks berichtet sie in jeder Nummer in möglichst abschreckender Weise. Nicht bloß um ihre Leser zu informieren, sondern um sie gegen die Arbeiterbewegung aufzureizen.

Soweit es sich bei den Lohnbewegungen und Streiks um eine Gefährdung der Volkswirtschaft handelt, werden sie auch von der Arbeiterpresse kritisiert und bekämpft; denn das liegt nicht bloß im Interesse der Arbeiterbewegung, sondern im Interesse der Arbeiterklasse überhaupt. Weiter kann jedoch die Arbeiterpresse nicht gehen, wenn sie die Arbeiterinteressen nicht schädigen und die Interessen der Arbeiterfeinde nicht fördern soll. Eine Verurteilung und Bekämpfung aller Lohnbewegungen und Streiks, wie es in der bürgerlichen und Arbeitgeberpresse geschieht, kann nicht mitgemacht, hingegen muß ihr energischer Widerstand geleistet werden. Wie liegen denn die Dinge?

Die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter war ungleichmäßig, die Ausbeutungsmethoden waren verschieden. An der einen Stelle verlängerte man die Arbeitszeit übermäßig, ließ die Arbeiter in Akkord schuften, an der andern Stelle zwiebelte man sie in gemessener Arbeitszeit und im Tage- beziehungsweise Stundenlohn. Die Kriegskonjunktur und die während der Zeit angewandten politischen Unterdrückungsmittel trieben die verschiedenen Ausbeutungsmethoden auf die Spitze. Die Revolution brachte den Achtstundentag und die Vereinbarung zwischen den Arbeitgeberverbänden und den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, wonach „Verdienstschmälerungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit nicht stattfinden dürfen“. Die Durchführung dieser Vereinbarung leuchtete tief hinein in die bisherigen Ausbeutungsmethoden und rückte sie in ein Licht, wie sie vorher den Arbeitern nie zum Bewußtsein gekommen waren. Arbeiterkategorien mit bis dahin niedrigen Stundenlöhnen, aber übermäßig langer Arbeitszeit schneitten mit ihren Stundenlöhnen empor. Arbeiterkategorien mit bis dahin höheren Stundenlöhnen und begrenzter Arbeitszeit blieben dagegen mit ihren Stundenlöhnen oft recht weit zurück. Kein Wunder, wenn sie nun nach einer Erhöhung auch ihrer Stundenlöhne streben.

Aber auch dort, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen tarifiert waren, sind während des Krieges Differenzen entstanden, die nun zum Austrage drängen. So hat die Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe am 1. März 1916 beschlossen: „wo es die Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, soll den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, durch Verlängerung der Arbeitszeit ihren Verdienst zu erhöhen“. Daraufhin ist an recht vielen Orten und Baustellen die Arbeitszeit über die tariflich vorgeschriebene hinaus erhöht worden. Es liegt nun auf der Hand, daß die betreffenden Arbeiter, nachdem sie Jahre hindurch die verlängerte Arbeitszeit gehabt haben, bei der Lohnumrechnung auf 8 Stunden den für die verlängerte Arbeitszeit gebabten Tagesarbeitsverdienst in Ansatz bringen.

Damit erschöpfen sich jedoch die Differenzen im Baugewerbe noch nicht. Zu den im Jahre 1913 vereinbarten Tariflöhnen sind in den Kriegsjahren viermal Teuerungszulagen vereinbart, aber nicht allerwärts durchgeführt worden, weil an vielen Orten durch Einziehung der Mitglieder zu Kriegsdiensten die Organisation geschwächt war. Nun sind die Mitglieder zurückgekommen und bestehen natürlich auf die Teuerungszulagen in voller Höhe. Wer könnte darum einen Stein auf sie werfen?

Nach der zentralen Vereinbarung vom 4. Mai 1916 sollte in den Orten, die nach der Volkszählung von 1910 weniger als 5000 Einwohner hatten, der Stundenlohn um 7 \mathcal{A} erhöht werden, in allen übrigen Orten mit mehr als neunstündiger Arbeitszeit um 10 \mathcal{A} und mit neunstündiger Arbeitszeit um 11 \mathcal{A} . Nach der zentralen Vereinbarung vom 17. April 1917 sollte allerwärts eine weitere Zulage gezahlt werden, die für die Arbeitsstunde 15 \mathcal{A} beträgt. Am 29. November 1917 wurde an zentraler Stelle eine weitere Zulage von 15 \mathcal{A} vereinbart. Und am 11. September 1918 wurde zentral vereinbart, daß in Orten bis zu 10000 Einwohnern der Stundenlohn vom 1. Oktober ab um 8 \mathcal{A} steigt, vom 1. Januar 1919 ab um 7 \mathcal{A} , zusammen also um 15 \mathcal{A} . In Orten von 10000 bis 50000 Einwohnern stieg der Stundenlohn vom 1. Oktober ab um 10 \mathcal{A} , vom 1. Januar 1919 ab abermals um 10 \mathcal{A} , zusammen um 20 \mathcal{A} . In Orten von mehr als 50000 Einwohnern stieg der Stundenlohn vom 1. Oktober ab um 15 \mathcal{A} , vom 1. Januar 1919 ab um 10 \mathcal{A} , zusammen um 25 \mathcal{A} . In Hamburg stieg der Stundenlohn vom 1. Oktober ab um 20 \mathcal{A} , vom 1. Januar 1919 ab um 9 \mathcal{A} , zusammen um 29 \mathcal{A} . Wenn also in einem kleinen Orte von unter 5000 Einwohnern der Stundenlohn im März 1916 40 \mathcal{A} betragen hat, so kommen aus der ersten zentralen Vereinbarung 7 \mathcal{A} hinzu, aus der zweiten Vereinbarung 15 \mathcal{A} , aus der dritten Vereinbarung 15 \mathcal{A} und aus der vierten Vereinbarung abermals 15 \mathcal{A} ; der Stundenlohn müßte an einem solchen Orte vom 1. Januar 1919 ab 92 \mathcal{A} betragen. Der Tagelohn würde also bei zehnstündiger Arbeitszeit vom 1. Januar 1919 ab M. 9,20 sein. Bei achtkündiger Arbeitszeit würde der Stundenlohn vom 1. Januar 1919 ab M. 1,15 betragen. In den meisten Verbandsorten sind diese Lohnerhöhungen durchgeführt, ohne daß die Volkswirtschaft gefährdet worden ist; sie wird auch nicht gefährdet, wenn die Lohnerhöhung an den rückständigen Orten durchgeführt wird. Hier mangelt es nur an dem guten Willen der Arbeitgeber. Sie verstecken sich mit ihrem bösen Willen hinter die Antipathie gegen Lohnbewegungen und Streiks, die von der bürgerlichen und Arbeitgeberpresse künstlich erzeugt und gefördert wird.

Die sachliche und moralische Berechtigung nicht bloß für Lohnbewegungen, sondern auch für Streiks dürfte sich aus vorbeschriebener Sachlage ergeben. Nun sind aber gewerkschaftlich geschulte Arbeiter, wie sie hier in Frage kommen, keineswegs so streiklustig, wie es häufig darzustellen versucht wird. Solange noch andere Wege gangbar sind, wird nicht zum Streik geschritten. Der Weg der Verhandlung und Verständigung, obgleich er dornenvoll genug ist, wird zunächst versucht und muß zunächst versucht werden. Leider sind die Tarifinstanzen im Baugewerbe, die zunächst in Frage kommen, weithin noch niemals richtig aktionsfähig gewesen und gegenwärtig sind sie es weniger als je. Die Beschwerde- und Schlichtungsinstanzen der großen Tarifgemeinschaft der Arbeitgeberverbände und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen vom 15. November 1918 existieren noch nicht. Es bleiben die Schlichtungsausschüsse der gesetzlichen Verordnung vom 23. Dezember 1918 und eventuell die Anrufung der Demobilisierungskommissare auf Grund der gesetzlichen Verordnung vom 4. Januar 1919 übrig. Leider fehlen zu diesen beiden Verordnungen auch noch die Ausführungsbestimmungen, so daß auch damit vor der Hand nichts anzufangen ist. Kommt die Sache nicht bald in Fluß, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn auch den Arbeitern der Baugewerbe hier und dort der Geduldsfaden reißt, so unliebsam das auch sein dürfte.

Diese Sachlage ist der bürgerlichen und der Arbeitgeberpresse ebenso bekannt wie uns. Wenn sie diese Sachlage aber nichtsdestoweniger ignorieren und um so mehr über Lohnbewegungen und Streiks lamentieren,

so verfolgen sie ein Ziel, das sie nur selten nennen. Nämlich nicht die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Grund der neugewordenen Verhältnisse, sondern den „Abbau der Löhne“. Werden diese Bestrebungen in entsprechende Taten umgesetzt, dann dürften sie herbeiführen, was man mit Lamentationen gegen Lohnbewegungen und Streiks angeblich zu verhindern erstrebt, nämlich eine Gefährdung der Volkswirtschaft. Denn daß die Arbeiter unter den obwaltenden Verhältnissen stillschweigend den Abbau der Löhne sich gefallen lassen, ist kaum anzunehmen. Um so weniger, da selbst der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in einer Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften vom Jahre 1917 die Auffassung vertritt: „Der Abbau der während der Kriegszeit den Arbeitern gezahlten Kriegsteuerzulagen wird nur in Uebereinstimmung mit dem Abnehmen der Teuerung erfolgen können.“ Auf eine „Abnahme der Teuerung“, insbesondere „auf ein Herabgehen der Lebensmittelpreise“ ist aber in absehbarer Zeit kaum zu rechnen. Vorläufig ziehen die Lebensmittelpreise immer noch an. Und das kann auf eine Steigerung der bei ihrer Herstellung gezahlten Löhne nicht zurückgeführt werden. Man macht ja auch die Lebensmittelknappheit dafür verantwortlich. Allein selbst wenn Lebensmittel in größeren Mengen nach Deutschland eingeführt werden, so ist auf ein Sinken ihrer Preise noch kaum zu rechnen. Die Preise sind ja auch im Auslande erheblich gestiegen, zudem ist das deutsche Geld stark entwertet. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland zunächst nochmals eine bedeutende Erhöhung der Lebensmittelpreise mit sich bringt. Das dürfte um so sicherer der Fall sein, wenn dem großen Handel die Absicht gelingt, durch eine große Streikaktion die Fortführung der Zwangswirtschaft auf wesentlichen Gebieten des Handels unmöglich zu machen. Damit würden die Lebensmittelpreise ganz zweifellos eine bedeutende Erhöhung erfahren.

Ein Abbau der Löhne unter solchen Verhältnissen wäre aber keine Liquidierung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern ein Weiterbestehen und eine Verschärfung derselben. Dafür dürften sich aber die Arbeiter in ihrer Gesamtheit bestens bedanken.

Proletarische und kapitalistische Politik.

Noch wogt alles durcheinander. In den drei politischen Hauptbrennpunkten: Bern, Paris und Weimar, auf die zur Zeit die Augen der Welt gerichtet sind, ist es noch nicht zu endgültigen Abschlüssen gekommen. Aber überall treten doch Formen und Zielrichtung der letzten Entscheidungen schon deutlicher hervor und lassen Schlüsse zu auf den Charakter der Ideen, die in jedem der drei Brennpunkte die herrschenden sind. Mit Freude und Stolz muß es jeden Arbeiter erfüllen, daß die Internationale in Bern am schnellsten und sichersten zur Einigung über die wichtigsten Punkte gelangt ist. Die Versuche Renaudels und Crumbachs — des deutschen Zämmerlings, dessen widerliche Schmähsucht gegen alles Deutsche erst erwachte, als die Redaktionen der deutschen Parteiblätter sein Pariser Korrespondenzunternehmen nicht genügend unterstützten —, die deutschen Delegierten in Bern auf das Armesünderbänkchen zu bringen, schlugen überraschend schnell fehl. Durch die Schuldfrage glaubten sie im Verein mit dem französischen Delegierten Milhaude die Deutschen an die Wand drücken zu können und den Kongreß zu veranlassen, am liebsten die deutschen Mehrheitssozialisten von den weiteren Verhandlungen auszuschließen. Statt dessen mußten sie erleben, daß die Brantingsche Resolution gegen wenige Stimmen angenommen wurde — aus 21 Ländern waren 80 Delegierte vertreten —, in welcher gesagt ist, daß die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit am Kriege durch die Aussprache und die Erklärung der deutschen Mehrheit geklärt sei, daß der Kongreß die deutsche Revolution mit ihren demokratischen und sozialistischen Ein-

richtungen begrüße und die Bahn frei sehe für die gemeinsame Arbeit der Internationale. Der Kongress sei überzeugt, daß die deutsche Sozialdemokratie mit allen Mitteln die Niederhaltung des Militarismus erstrebe und darin einig sei mit den vereinigten Arbeitermassen der ganzen Welt.

Nachdem diese Klippe umstürzt war, hat die Internationale glatte Arbeit geleistet. Namentlich war ihre Stellungnahme zum Völkerverbund und zu den übrigen Punkten des Wilsonschen Programms von erfrischender Klarheit. Während die Beratungen in Paris über den Völkerverbund zeigen, daß dort die kapitalistischen Interessen sich durchsetzen und den Völkerverbund von vornherein zu einem Herrschaftsinstrument der Entente über die andern Völker machen möchten, entspricht die Berner Resolution vollständig dem, was in Deutschland von einem Völkerverbunde verlangt wird. Die Berner Resolution spricht aus, der Völkerverbund entspringe der Solidarität der Proletarier aller Länder und dem sozialistischen Endziele, das sich nicht national, sondern nur international verwirklichen lasse. Habe der jüngste Krieg die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht, so würde der nächste sie völlig verhängen, und schon die Vorbereitungen dazu werden die Völker zugrunde richten. Nur die Herbeiführung der Gesellschaft der Nationen vermöge das Unheil zu hemmen. Sie müsse ausgehen von einem Rechtsfrieden, dem kein neuer internationaler Konfliktstoff innewohne. Alle Mitglieder der Gesellschaft müßten gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Völker, die noch nicht zum Selbstbestimmungsrecht gelangt seien, müßten von allen andern geschützt und zur baldigen Erlangung der Selbstbestimmung entwickelt werden.

Durch ein Schiedsgericht seien alle Streitigkeiten zwischen Völkern zu verhindern oder zu beseitigen. Auch die Grenzveränderungen seien von den Schiedsgerichten nach Befragung der Bevölkerung vorzunehmen. Alle stehenden Heere seien auszuheben und schließlich die völlige Abrüstung herbeizuführen. Solange noch eine bewaffnete Macht bestesse, sei sie unter den Befehl der Gesellschaft der Nationen zu stellen, die auch über die Mittel des wirtschaftlichen Druckes verfügt und von deren Zustimmung die Zolltarife, wo solche bestehen, abhängig sind. Internationale Verkehrswege und Verkehrsmittel seien direkt in die Verwaltung der Gesellschaft der Nationen zu nehmen. Ihr müssen auch Befugnisse zustehen, die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel und Rohmaterialien im höchsten Maße zu entwickeln. Zu den gemeinschaftlichen Funktionen gehöre auch die Herstellung, Weiterentwicklung und Durchführung eines internationalen Arbeiterrechts. Die Gesellschaft der Nationen werde sich günstig entwickeln, wenn das internationale Proletariat mit voller Macht hinter ihr steht und sie vorwärts bringt. Je mehr vom Sozialismus an der kraftvollen Durchführung der internationalen sozialen Ideale gearbeitet werde, um so kräftiger und lebensreicher würden die Wirkungen der Gesellschaft der Nationen sich gestalten.

Das ist eine klare Sprache. Sie ist gänzlich entgegengegesetzt dem Winkelspiel, das in Paris mit dem Gedanken des Völkerverbundes getrieben wird. Da will man die deutschen Kolonien unter die Ententeländer verteilen; da soll England eine Flotte halten dürfen, die ihm die Seeherrschaft sichert; da soll Deutschland finanziell mit Entschädigungssummen belastet werden, die unmöglich sind; da soll der Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindert werden; da sollen auch die kleineren neutralen Staaten sich als Mauerblümchen behandeln lassen; kurzum da soll der Völkerverbund nichts weiter sein als eine Sicherung zur dauernden Uebermachtstellung Englands und — vielleicht — Frankreichs, ohne daß diese Staaten es nötig hätten, sich in die Unkosten großer stehender Heere zu stürzen. Es wird nun darauf ankommen, daß die Sozialisten in England und Frankreich bestimmenden Einfluß auf ihre Regierungen gewinnen. In Frankreich sind die Ausschichten hierfür nur gering. In England dagegen sind breite Kreise der herrschenden Klasse klug und weitblickend genug, um einzusehen, daß nur ein wirklicher Völkerverbund die Zukunft sichern kann. In diesem Sinne hat Aequith soeben in der Alberts Hall zu London gesprochen. Er führte aus:

Die Dienstplicht müsse aufgehoben und die Fabrikation, die Lieferung und der Transport von Rüstungsmaterial beaufsichtigt werden. Das alte System sei zusammengebrochen, durch den Krieg habe es seinen Bankrott erklärt. Würde die Wissenschaft, wie in Kriegen, sich noch länger in den Dienst der Vernichtung stellen, dann wäre es schon besser, die Eiszeit breche schnell herein. Besser ein Planet ohne Leben als ein Planet, auf dem die Menschheit zu einer Form organisierten Selbstmordes entartet sei. Ohne Völkerverbund würde der Weltfrieden in den kommenden Jahren viel gefährdeter sein als vor dem Kriege. Deutschland, Oesterreich und Rußland seien jetzt nur geographische Begriffe; doch nur ein Tor könne ihnen ihre Zukunft voraussagen wollen. Sicher sei, daß sie niemals wieder eine autokratische Herrschaft anerkennen werden. Eine Anzahl neuer Staaten werde in Europa errichtet. Je mehr Staaten aber, desto mehr Angriffspunkte. Nur der Völkerverbund sichere die Welt vor neuen Gefahren. Niemand dürfe auch verkennen, daß in den Köpfen der Massen aller Völker die gewohnten Vor-

stellungen über die sozialen Verhältnisse tief erschüttert seien. Die Herrschaft einer kleinen Klasse über die Völker werde sich nicht aufrechterhalten lassen. Es sei nötig, „dauernde Bande um die menschliche Bruderschaft zu schlingen“.

Das ist vernünftig gedacht und mutig gesprochen. Ob jedoch die Friedensmacher in Paris ihre kapitalistischen Raubtiergelüste werden bändigen können, ist eine Frage, die niemand wird bejahen wollen, ehe die Tatsachen das erlauben.

Verbandsnachrichten.

† Heinrich Böhl

in Hamburg ist am 31. Januar gestorben. Geboren am 6. Juni 1849 in Wikenhausen, hat er der Zahlstelle Hamburg seit ihrer Gründung am 22. Dezember 1888 ununterbrochen angehört. Jahre hindurch hat er den Posten eines Obmannes für den Bezirk Hammerbrook verwaltet und zu allen Zeiten eine emsige Tätigkeit für den Verband entfaltet, bis ihn ein Unfall, den er vor einigen Jahren erlitt, erwerbsunfähig machte. An den Folgen dieses Unfalles hat er auch seinen Tod gefunden. Von 1901 bis 1903 war Heinrich Böhl Mitglied des Zentralvorstandes unseres Verbandes. Sein Name wird bereits in der Hamburger Zimmererbewegung der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts genannt, als Kassierer des lokalen Unterstützungsfonds. Auch in der Zentral-Kranken- und Sterbekasse war er ein eifriger Mitarbeiter; mehr als 25 Jahre hat er den Posten eines Kassierers der Verwaltungsstelle Hamburg versehen. Heinrich Böhl hat ein Alter von fast siebzig Jahren erreicht. Am 5. Februar hat seine Beerdigung auf dem Ohlsdorfer Friedhof stattgefunden. Ein ehrendes Andenken bleibt ihm gesichert.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Quittung.

In der Zeit vom 16. bis 31. Januar gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralfasse ein: Aus Alfeld M. 59,40, Altheide 55,35, Altenfellenbach 78,10, Aprenrade 15,45, Arnswalde 55,50, Bad Sachsa 18,90, Ballenstedt 27, Beulin 83,90, Berlinchen 42,80, Bernau 116,30, Bernsee 5,50, Bitterfeld 819,50, Bolkenshain 38,80, Brunsbüttel 134,60, Budow 48,80, Bühow 51,60, Cuxhaven —, 20, Döbeln 154,15, Eckersleben 76,15, Elbing 8, Elmshorn 1,20, Elberberg 69,30, Gindon 210,90, Frankfurt a. M. —, 25, Fritzenwalde 50, Glaz 200, Gollnow 63,90, Gommern 22, Görzig 11,70, Gramow 18, Großsch. Pegau 117,85, Großröhrsdorf —, 25, Groß Zimmern 125,25, Hagen i. W. 91,40, Hainn i. W. 212,20, Hannover —, 25, Hann.-Münden 58,60, Herbsleben 7 60, Ilmenau 45,30, Kempton 28,80, Königswusterhausen 186 20, Lamprunge 34,40, Landesbuth i. Schl. 85,70, Leer 60, Lehe-Gestemünde 11,80, Lehnin 30, Ludwigshafen 134,90, Marienwalde 5, Memel 277,85, Mirow 87,50, Neu-Idensleben 70,80, Neumarkt 29,95, Neu-Ruppin 218,90, Ohlau 189,90, Passau 189,50, Penig 19,60, Pritz 46,15, Rathenow 603,50, Reetz 2,50, Reichenbach i. Schl. 50,70, Rheinsberg i. d. W. 40,60, Rötha 39,55, Rügenwalde —, 45, Saagan 57,10, Salungen 91,75, Sommerfeld 67,10, Spremberg 241,20, Schleiz 12,45, Schneidemühl 187,40, Schönebeck 258,90, Schwarzenfelde 72,55, Schweidnitz 184,80, Stargard i. M. 47,70, Stargard i. Pom. 273,60, Stendal 116,80, Stralsburg i. W. 7,20, Torgelow 14,40, Tützingen 45,15, Uckermünde 18,90, Waldheim 59,30, Waltershausen 81,60, Werdaun —, 50, Weyder 25,60, Wilhelmshaven 1300, Würzen 274,50, Wusterhausen 29, Einzelzahler der Hauptkasse 180,80, Diverzes 23,20.

An diversen der Hauptkasse in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Breslau M. 503,72, Burgkädt 180,50, Danzig 780, Dresden 1040, Lehe-Gestemünde 470, Leipzig 398.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützungen gingen ein: Aus Alsenburg M. 108,50, Alt-Rahlstedt 96, Angermünde 14, Annaberg-Buchholz 60, Arnswalde 13,50, Barmen Elberfeld 916,25, Baugen 7, Bayreuth 21, Bergedorf 594,50, Berlin 6862, Bielefeld 40,25, Bischofswerda 4,50, Blankenburg i. Lh. 54,75, Bonn 8,75, Brandenburg 2,25, Bremen 503, Breslau 310,25, Bromberg 22,75, Burg i. Dithm 3,50, Burg v. Magdeburg 28,50, Chemnitz 376, Cöln 208, Culm 73,50, Culmsee 73,50, Cuxhaven 21, Danzig 60, Darmstadt 99, Dießen 10,50, Duisburg 28, Düsseldorf 867, Elbing 122,50, Feldberg i. M. 9, Flottbek 25, Frankfurt a. M. 645,75, Freiburg i. B. 28,25, Friedriehshagen 142, Fritzenwalde 1,75, Garstedt 14, Geesthacht 40, Gnoien 55,50, Goldberg i. M. 18, Görzig 60, Gräfenhamichen 27, Graudenz 24,50, Grevesmühlen 29, Großbreitenbach 17,50, Groß-Bothen 13, Grünberg i. Pof. 122, Guben 132, Gumbinnen 42, Gumburg 8243,25, Hannover 40, Hermsdorf i. d. M. 15, Hof 860, Jena 263,25, Jasterburg 58,50, Jöhode 62, Kahla 18, Kalkenkirchen 22,50, Karlsruhe 18, Kattowitz 259,50, Kiel 209, Kolberg 73,50, Königberg i. Pr. 30, Konitz 27, Kronach 18, Kulmbach 12, Laage 52,50, Langensalza 396,75, Lauenburg a. d. E. 64,50, Liegnitz 55,25, Lobau 18, Loitz 31,50, Lörrach 40,50, Lübeck 60, Lübz i. P. 9, Lüneburg 10,50, Marlow 31,50, Meera 180, Meißenbach 72, Müllin 24, Mülheim a. Rh. 47, Neugersdorf 28,50, Neumünster 24, Nommes 214, Oepeln 21, Oranienburg 24, Plauen i. B. 142,50, Plauenburg 24,25, Ratzeburg 21, Reichenbach i. B. 20,75, Ribnitz 14, Röbel 33,75, Rosswein 17,50, Rostock 53,75, Sand 48, Seehausen 36, Sonderburg 59,50, Sülze 42, Swinemünde 61,50, Schuppenbeil 28,50, Schwabach 52,50, Stade 56, Steinh 10,50, Stralund 248,25, Stuttgart 169,50, Tambach 40,50, Uckermünde 58,50, Witten a. d. E. 27, Woldegk 31,25, Würzburg 60, Ziebingen 24, Zittau 28.

Arbeitslosenunterstützungen wurden im Dezember nach den eingegangenen Quittungen ausgezahlt:

| | | |
|-----------------|---|-------------|
| 47 Tage à 50 M. | = | M. 23,50 |
| 377 " à 75 " | = | 282,75 |
| 1610 " à 100 " | = | 1610,— |
| 1287 " à 125 " | = | 1608,75 |
| 1846 " à 150 " | = | 2019,— |
| 3670 " à 175 " | = | 4672,50 |
| 7433 " à 200 " | = | 14866,— |
| 14770 Tage | = | M. 25082,50 |

Adolf Römer, Kassierer.

Berichte aus den Zahlstellen.

Baden-Baden. Am 26. Januar fand eine gemeinsame Versammlung der Bauhandwerker und Zimmerer statt, die nur mäßig besucht war. Seit kurzer Zeit haben sich hier 16 Zimmerer unserer Zahlstelle angeschlossen. Kamerad Barth hielt einen kurzen Vortrag über: „Zweck und Nutzen des Verbandes“. Er ließ die Kameraden herzlich willkommen und gab seiner Freude Ausdruck, daß er den Willkommengruß der Karlsruher Kameraden übernehmen dürfte. Auch freute es ihn, daß die Kameraden in Baden-Baden endlich eingesehen haben, daß es eine Notwendigkeit ist, der Organisation anzugehören und Schulfied an Schulfied mit den Kameraden in ganz Deutschland für eine bessere Lebenshaltung und Entlohnung wirken zu wollen. Auch hier hat schon einmal eine Zahlstelle bestanden (1895); aber es fehlte der richtige Geist und die Energie, sie hochzuhalten. Es gab damals noch viele Elemente, die dem Meister alles hinterbrachten, um lieb Kind zu sein; aber nur zum Schaden ihrer selbst und ihrer Kameraden. Man hat auch hier eingesehen, daß von den wohlwollenden Herren noch keiner pensioniert worden ist. Wenn die Zitrone ausgepreßt ist, wirft man die Schale weg. Es tritt auch hier klar zutage, daß der einzelne machtlos ist. Nur durch die Einigkeit der Organisation können unsere Wünsche und Ansprüche verwirklicht werden. Der Lohn war hier immer beträchtlich niedriger als in andern gleichartigen Städten. Die Lebenshaltung war aber gewiß nicht billiger als anderswo. Unsere Aufgabe wird sein müssen, an den Errungenschaften der Organisation teilzunehmen, wie die Kameraden in Karlsruhe. Der Anfang hierzu ist gemacht, wenn alle fest und treu zur Organisation stehen und mitwirken, bis auch hier der letzte Zimmerer dem Verbandsangehörig. Wir wollen nicht bitten und beltehn, sondern wir verlangen unser Recht auf eine angemessene Lebenshaltung. Wir werden nicht ruhen, bis uns dieses zuteilgeworden ist. Es wird allerdings noch manchen Kampf abgeben, und mancher Kamerad wird dahingehen oder auf der Strecke bleiben; aber das darf uns nicht abhalten, unser Recht zu verlangen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich der Vertrauensmann der Maurer und der Kartellvorsitzende, die sich im selben Sinne äußerten. Es wurde beschlossen, daß wir uns dem Kartell anschließen; ein Vertreter hierzu wurde gewählt. Es besteht in Baden-Baden noch fast ungläubliche Verhältnisse: Die Maurer erhalten pro Stunde M. 1, die Zimmerer M. 1,12 bis M. 1,15, bei achtstündiger Arbeitszeit. Eine Umrechnung der zehnstündigen Arbeitszeit auf 8 Stunden kennt man hier nicht, aber die vierzehntägige Lohnzahlung. Wir sehen hier, wie man es mit uns macht, wenn wir keinen Rückhalt an unserer Organisation haben.

Bernburg. Am 12. Januar tagte unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende, Kamerad Wilhelmi, begrüßte zunächst mit herzlichen Worten die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden und gedachte in einem warmen Nachruf der 14 Opfer, die das schreckliche Völkermorden unserer Zahlstelle auferlegte, sowie der 3 Kameraden, die in der Heimat verstorben sind. Die Versammelten ehrten das Andenken der Gefallenen beziehungsweise Verstorbenen in der üblichen Weise. Darauf erstattete der Vorsitzende den Bericht über die Handhabung der Zahlstellen während des Krieges. In längeren Ausführungen führte er den Anwesenden die wellumsfürgenden Ereignisse der jüngsten Zeit vor Augen und forderte die Kameraden auf, gegebenenfalls mit Gut und Blut die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Er hob ferner hervor, daß trotz der langen Kriegsdauer nicht eins unserer alten Mitglieder dem Verband den Rücken gekehrt hat, und daß es dem Vorstand durch intensive Agitation gelungen ist, 11 Mitglieder neu und 3 Mitglieder dem Verbands wieder zuzuführen. Mit dem Wahn auf die Kameraden: „Halte Treue dem Verbands“, schloß der Vorsitzende seine interessanten Ausführungen. Der vom Kameraden A. Kunath erstattete Kassenbericht ergab, daß an Unterstühtungen an die Familien der im Felde gestandenen Mitglieder aus der Lokalfasse M. 1413,20 und aus der Zentralfasse M. 2031, insgesamt also M. 3444,20 zur Auszahlung gelangt sind. Dem Kassierer wurde auf Antrag Entlastung erteilt. Die darauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kameraden Wilhelmi als ersten Vorsitzenden sowie des Kameraden Aug. Kunath als ersten Kassierer. Die andern Vorstandämter wurden neu besetzt. Unter „Verschiedenes“ wurde zunächst die Lohnfrage gestreift. Hierbei wurde angeragt, zu einer neuen Leuerungszulage Stellung zu nehmen. Auf Antrag O. Kunaths wurde ferner beschlossen, die Witwen der gefallenen Kameraden mit je M. 30 aus der Lokalfasse zu unterstützen. Die Mitgliederversammlungen sollen in Zukunft jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause stattfinden. Die Wahlbelegiertenwahl wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Mit einem Appell an die Kameraden, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch intensiv politisch zu betätigen und unsere Versammlungen in Zukunft zahlreich und pünktlich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die von 30 Mitgliedern besuchte Versammlung.

Stverhausen. Am 2. Februar fand unsere gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende ließ die heimgekehrten Kameraden herzlich willkommen. 5 Kameraden, die in dem Weltkriege ihr Leben einbüßten, wurden in üblicher Weise geehrt. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt die Kameraden W. Gebhardt als erster Vorsitzender, Vertreter Aug. Wandt, August Kirchhoff I als erster Kassierer, Vertreter H. Gebhardt I, als erster Schriftführer Aug. Sternmann, als Stellvertreter W. Bier. Dann wurde die

Jahresabrechnung beauftragt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Von vielen Kameraden wurde der Winterbeitrag von 1. I. erhoben. Zum Schluß ersuchte der Kassierer die Kameraden zu festem Zusammenhalt und die Versammlungen fleißig zu besuchen.

Sagen i. W. Unsere Mitgliederversammlung fand am 2. Februar statt. Auf der Tagesordnung stand: Vorstandswahl, Verbandsangelegenheit, Verschiedenes. Nach der Erlebigung der Vorstandswahl wurde beschlossen, für jede Beitragsswoche 10 1/2 Ertragsbeitrag zu erheben. Dieser Betrag soll den Bezirkskassierern zugute kommen. Unter „Verschiedenes“ wurde von unserm Vorsitzenden darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, daß die Zentral-Krankens- und Sterbestiftung wieder errichtet würde. Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, noch einige Wochen damit zu warten, bis die Generalversammlung Stellung zu diesem Punkt genommen hat. Des weiteren wurde für nächsten Sonntag eine Hausagitation beschlossen, um die noch fernstehenden Zimmerer Sagens für unsere Zahlstelle zu gewinnen. Damit war Schluß der gut besuchten Versammlung.

Hamburg und Umgegend. Zahlstellenversammlung am 28. Januar. Der Vorsitzende Lehmann begrüßte zunächst die aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden und Zahlstellenfunktionäre und ließ sie zur weiteren Mitbestätigung innerhalb der Organisation willkommen. Hierauf wurde das Andenken der gefallenen beziehungsweise in Lazarett verstorbenen Mitglieder Wollmann, Schäfer, Eick, Hoffmann, Meyer, Eick, Sommerhoff, Pries und Veierlein sowie der hierorts verstorbenen Mitglieder Engel und Piel in der üblichen Weise geehrt. In „Geschäftliches“ teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß sich die Einberufung der öffentlichen Zimmererversammlung vom 24. November 1918, an den Vorstand gewandt hätten um Erhebung der Kosten für diese Versammlung. Der Vorstand der Zahlstelle konnte diese Kosten nicht erheben, da seine Befugnisse hierzu nicht ausreichen; er empfahl daher der Zahlstellenversammlung, den Kameraden die in Betracht kommenden Kosten zu erheben. Die Debatte hierüber war recht lebhaft. Während ein Teil der Diskussionsredner für den Antrag des Vorstandes eintrat, vertraten die anderen Kameraden den Standpunkt, den Antrag abzulehnen, da es nicht Aufgabe der Zahlstelle sein könne, Kosten zu erheben, für welche sie keine Verantwortung übernommen habe. Der Antrag, die Kosten dieser Versammlung, welche sich insgesamt auf 230 belaufen, den Einberufenden zu erheben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Annahme des Zimmerers Franz Korhs, die seitens des Vorstandes unterbreitet wurde, lehnte die Versammlung ab, da Korhs sich früher sehr unfolgsam verhalten hat. Ueber die Vorarbeiten vom 9. Januar dieses Jahres berichtet der Vorsitzende, daß sich auch zwei unserer Mitglieder, die Kameraden Kuch und Reinfort, dazu haben gebrauchen lassen, im Verein mit den Demonstranten die Schlüssel von unserm Zahlstellenbureau abzufordern, da das Bureau nach den Bestimmungen der Exekutive geschlossen werden sollte. Das gleiche haben diese Kameraden auch bei unserm Zentralvorstand versucht. Erfolg konnten sie jedoch nicht erzielen, da ihnen sowohl im Zahlstellenbureau als auch im Hauptbureau, die Schlüssel verweigert wurden. Lehmann bemerkt, daß der Vorstand bezüglich des Verhaltens dieser Kameraden keine Anträge stelle; er überlasse es jedoch der Zahlstellenversammlung, hierüber zu entscheiden. Lehmann nimmt noch Bezug auf die Stellungnahme des Genossen Dr. Raufenberg, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Arbeiterrates in den Demonstrationen am 9. Januar vor dem Rathaus erklärt habe: „Was hier vor sich geht, sei der Wille der Masse, und er sei gewillt, der Forderung der Masse zu entsprechen.“ Gegen derartige Maßnahmen müssen wir schärfsten Protest einlegen. Wir als Organisation sind selbst in der Lage, die Interessen unserer Mitgliedschaft zu vertreten und unsere eigenen Organisationsverhältnisse den Verhältnissen entsprechend zu verbessern, müssen uns aber das Eingreifen anderer Personen, auch wenn solche den Diktatorien führen, ganz energisch verbitten. Die Debatte hierüber war äußerst lebhaft. Während teilweise die Ansicht vertreten wurde, diese Mitglieder wegen ihres Vorgehens aus dem Verbandsausgüßlichen, wurde andererseits darauf hingewiesen, daß diese Kameraden sich der Tragweite ihrer Handlungsbeweise gar nicht bewußt waren. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß diese beiden Kameraden es ablehnten, der Zahlstellenversammlung über ihr diesbezügliches Verhalten Rechenschaft zu geben. Kamerad Krause stellte hierzu folgenden Antrag, der Annahme fand: „Den Kameraden Kuch und Reinfort zu erklären, weiter als Funktionär der Zahlstelle zu fungieren. Falls die Kameraden Kuch und Reinfort noch weitere solcher Handlungen begehen, behält es die Versammlung sich vor, ihren Ausschluß beim Zentralvorstand zu beantragen.“ Kamerad Stoike legte der Versammlung die Belehungsfrage vor und bemerkte, daß vor dem Kriege auch in unserer Zahlstelle eine Belehungskommission zur Vertretung der Interessen der Lehrlinge in unserm Gewerbe bestanden habe, daß aber während der Kriegszeit diese Kommission nicht weiter ihre Funktion ausüben konnten, da alle Mitglieder derselben zum Heeresdienst eingezogen wurden. Unsere Aufgabe müsse es nunmehr sein, die Belehungskommission wieder in ihre alten Rechte einzusetzen und entstehende Unkosten derselben zu übernehmen. Ohne Debatte stimmte die Versammlung dem Antrage zu. Sodann trat die Versammlung in die Beratung der Lohnfrage ein. Sie hatte bereits in allen Zahlstellenbezirken zur Diskussion gestanden; eine Anzahl Bezirke hatten Anträge auf Erhöhung des Lohnes gestellt, worüber die Zahlstellenversammlung Beschluß fassen müsse. Allgemein wurde anerkannt, daß die Löhne der Zimmerer in Hamburg und Umgegend in Anbetracht der Lebensverhältnisse völlig unzureichend sind, daß weiter die Löhne der Zimmerer hierorts gegenüber den Löhnen anderer Gewerbe erheblich niedriger seien. Folgender Antrag vom Bezirk 7 gelangte einstimmig zur Annahme: „Einen Stundenlohn von 2,50 zu fordern, bezüglichen bei Wasser- und Holzbockarbeit einen Zuschlag von 20 pzt. und für Sonntag- und Festtagsarbeit von 50 pzt.“ Wegen der enormen Steigerung der Preise für das Handwerkszeug der Zimmerer während der Kriegszeit und auch jetzt noch bis zu

230 pzt., wurde seitens einer Anzahl Funktionäre der Versammlung folgender Antrag unterbreitet, der ebenfalls einstimmig Annahme fand: „Das Verzeichnis für die Zimmerer in Hamburg und Umgegend ist vom Unternehmer zu liefern.“ Diese Anträge sollen umgehend den in Betracht kommenden Arbeitgeberverbänden für das Baugewerbe in Hamburg und Umgegend unterbreitet werden. Sollten die Unternehmer Verhandlungen ablehnen, so sollen diese Anträge der sozialpolitischen Abteilung des Arbeiter- und Soldatenrates zur Entscheidung übertragen werden. Nummer 1 trat die Versammlung in die Beschlusfassung über die weiter noch vorliegenden Anträge der Bezirke ein. Ein Antrag: „Das Delegiertensystem (Vertreterstufensystem) zu beibehalten“, wurde nach eingehender Debatte gegen eine Stimme abgelehnt. Ein weiterer Antrag: „Die Angeestellten haben eine vierwöchentliche Kündigungsfrist“, wurde ebenfalls abgelehnt, da die Bestimmungen des Verbandsstatuts auch für unsere Zahlstelle maßgebend sein müssen, und ferner im Zahlstellenregulativ vorgesehen ist, daß alljährlich die Neuwahlen zum Zahlstellenvorstand erfolgen müssen, und daß ferner bei der Wahl des ersten Vorsitzenden und des ersten Kassierers der Zahlstelle, falls mehrere Personen zur Wahl stehen, eine Urabstimmung stattfinden muß. Wegen eingetretener Polizeistunde konnten die weiteren Punkte der Tagesordnung nicht mehr erledigt werden, und deshalb wurde die Versammlung verlagert. Von 98 Zahlstellenfunktionären waren 87 anwesend; entschuldigend fehlten die Kameraden Kuch, Wimpberg und Pump; unentschuldigend fehlten Messer, Hoffmann, Stenzel und Wittenberg.

Heiligenbeil. Am 2. Februar fand unsere erste Mitgliederversammlung statt. Durch Einberufung sämtlicher Mitglieder zum Heeresdienst mußte unsere Zahlstelle während des Krieges ihre Tätigkeit einstellen. Kamerad Neumann aus Königsberg überbrachte das Material der Zahlstelle. Nach einer herzlichen Begrüßung der Er erschienenen durch den Vorsitzenden legte Kamerad Neumann Zweck und Nutzen der Organisation dar, wofür ihm der Dank der Versammlung zuteil wurde. Hierauf fand die Vorstandswahl statt. Kamerad Neumann wies jedermann noch darauf hin, daß der nächsten Freitag streng eingehalten werden müsse. Kamerad Habel trat für eine gründliche Revision der Mitgliedsbücher ein, restierende Beiträge müssen eventuell ratenweise nachgezahlt werden. Mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß alle Kameraden im Kreise Heiligenbeil sich unserer Zahlstelle anschließen, schloß der Vorsitzende, Kamerad Piurke, die Versammlung.

Landshut a. d. W. Am 2. Februar fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 30 Kameraden. Das ist ein Zeichen dafür, daß unsere Kameraden, nachdem sie meistens aus dem Felde heimgekehrt sind, wieder ihr Interesse dem Verbands zuwenden. Zum Vorsitzenden wurde Ernst Baumgart, als Stellvertreter Koblisch, zum Kassierer S. Raschel, als Stellvertreter O. Gabel, zum Schriftführer Ernst Dräger, als Stellvertreter B. Geise gewählt, als Revisoren Neumann und G. Goldkus nebst 2 Kartelldelegierten. Dann berichtete Kamerad Baumgart über unsere Lohnbewegung. Es haben 2 Sitzungen mit den Arbeitgebern stattgefunden, die letzte am 30. Dezember. Folgende Vereinbarung kam zustande: Der Lohn wird von 10 auf 8 Stunden umgerechnet und beträgt vom 15. Dezember ab 1,44 pro Stunde. Der fehlende Betrag ist nachzuzahlen. — Es wurde hierauf festgestellt, daß der Lohn auf allen Plätzen gezahlt wird, auch die Nachzahlung ist erfolgt. Die Arbeitsgelegenheit ist jetzt sehr klein, mehrere Kameraden sind arbeitslos. Kamerad Kestke als Geschäftsführer im städtischen Arbeitsnachweis gab bekannt, daß jeder arbeitslose Kamerad vom Arbeitgeber den Ablehnschein verlangen und sich dann im städtischen Arbeitsnachweis melden soll. Es wird ihm entweder Arbeit nachgewiesen oder er hat Anspruch auf Unterstützung seitens der Kommune. Er muß sich zweimal täglich melden, und diese Kontrolle gilt auch dem Verbands gegenüber. Nachdem noch einige wichtige Sachen geregelt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Witten. Am 3. Februar fand die am 26. Januar verlagte Generalversammlung ihre Fortsetzung. Zunächst wurde die Vorstandschaft neu gewählt, welche sich wie folgt zusammensetzt: erster Vorsitzender und Kassierer der Geschäftsleiter Kamerad Englbrecht, zweiter Vorsitzender Kamerad Schönamsgruber, Weißer Kamerad Ignaz Wimmer, zweiter Kassierer Kamerad Josef Weber, erster Schriftführer Kamerad Roth, zweiter Schriftführer Kamerad Bahstmann, Revisoren die Kameraden Richard Wehl, Josef Auer und Jakob Brehm. In den Gewerkschaftsverein wurden delegiert die Kameraden Englbrecht, Wimmer und And. Türl, aus welchen zugleich die Delegierten zur Bauarbeitersaustauschkommission zu entnehmen sind. Ein Antrag verlangt an den Samstag Arbeitslohn von 12 Uhr mittags. Begründet wurde der Antrag damit, daß es den Zimmerern, deren Löhne auch während des Krieges verhältnismäßig niedrig waren, nicht mehr möglich sei, Einkäufe betätigen zu können, wenn erst nachmittags 5 Uhr Arbeitslohn gemacht werde. Sobald Vorvermögen siehe den Zimmerern nicht zur Verfügung, daß sie wie andere glücklichere Sterbliche ihre Einkäufe unter der Woche erledigen könnten. Ferner seien die Kaufstellen und Banplätze meistens an der äußersten Grenze der Stadt, zum Teil sogar außerhalb des Burgfriedens gelegen, so daß man meistens erst heimkomme, wenn die Läden geschlossen werden. Aus diesen Gründen sei die vierundvierzigstündige Arbeitswoche eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um so mehr, als eine Ruhepause von nur einem Tage für die unter den sehr mäßigen Ernährungsverhältnissen außerordentlich in Anspruch genommene Arbeitskraft eines Zimmerers nicht genüge. In der Aussprache wurde das Verhalten des Sekretärs des Arbeitgeberverbandes des Baugewerbes München einer äußerst scharfen Kritik unterzogen, da Herr Bergmüller es verstande, alles zu hinterziehen, was einschichtige Unternehmer mit ihren Arbeitern in beiderseitigem Interesse vereinbaren, ohne die Begutachtung des allmächtigen Herrn Bergmüller einzuholen. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung protestierte ein Kamerad gegen dieses Vorgehen Bergmüllers, das geeignet sei, das beiderseitige Zusammenarbeiten zu unterbinden. Schließlich wurde die Orts-

verwaltung beauftragt, sich umgehend mit dem Zentralvorstand ins Benehmen zu setzen dahingehend, daß dieser ungehäuft mit dem Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe Verhandlungen einleite zwecks Herbeiführung der vierundvierzigstündigen Arbeitswoche im Zimmerergewerbe unter Umrechnung des bisherigen Lohnes auf die vierundvierzigstündige Arbeitszeit. Der Antrag, einem langjährigen, seit langer Zeit kranken Kameraden aus der Lokalgruppe A 100 zu überweisen, fand einstimmige Annahme. Endlich wurde noch einstimmig beschlossen, eine Protestversammlung gegen das protokollernde Vorgehen des Herrn Bergmüller im Verein mit dem Bauarbeiterverband zu veranstalten, worauf die gut besuchte Versammlung geschlossen wurde.

Schneeberg. Nach langer Zeit tagte am 2. Februar unsere Mitgliederversammlung, die gut besucht war. Kamerad Weiz begrüßte die aus dem Felde heimgekehrten Mitglieder. Die 3 gefallenen Kameraden wurden in üblicher Weise geehrt. 3 Kameraden sind noch nicht zurückgekehrt. Kamerad Weiz erläuterte den Kassenbericht. In der gut besuchten Vorstandswahl wurden gewählt: erster Vorsitzender Wittke, zweiter Vorsitzender A. Werner, erster Kassierer Weiz, zweiter Kassierer H. Werner, erster Schriftführer Barsch, zweiter Schriftführer Penz, als Revisoren Weiz und Stöckel. Dann wurde die Anschaffung eines Zahlstellenbureaus beschlossen. Die Entscheidung für den Kassierer und den Kassporteur wurde bis zur nächsten Versammlung, die am 2. März stattfindet, zurückgestellt. In der allgemeinen Aussprache waren sich alle Mitglieder dahin einig, den neuen Verhältnissen entsprechend Mitglieder der Partei und Leser der Arbeiterpresse („Münchener Volkszeitung“) zu werden. Dann wurde nach beschlossener, gemeinsam mit den Bauarbeitern am 23. Februar ein Wintervergügen abzuhalten. Da sich noch die städtischen Kameraden an einer andern Sitzung, wo die Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl aufgestellt wurden, beteiligen wollten, trat Schluß der gut besuchten Versammlung ein.

Zschütze a. Pom. In unserer Versammlung am 30. Januar waren 17 Mitglieder anwesend. Zuerst wurde die Vorstandswahl erledigt und anschließend daran der Kassenbericht. Der Kassierer wurde entlastet. Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf eine Beschwörung des Kameraden Lüdicke gegen den Maurermeister Köppner. Hierzu wurde beschlossen, die Angelegenheit dem Gauleiter zu übermitteln, damit sie eventuell auf schiedsgerichtlichen Wege erledigt werde. Unter „Verschiedenes“ wurden örtliche Vorarbeiten besprochen, besonders die Handlungsweise einiger Unternehmer, die sich noch immer nicht in die neuen Verhältnisse fügen können. Mit einem der in Frage kommenden Unternehmer soll der Vorsitzende noch einmal Rücksprache nehmen. Wird eine befriedigende Regelung nicht erzielt, so soll die nächste Versammlung endgültig dazu Stellung nehmen. Nachdem noch ein Mitglied aufgenommen war, wurde die Versammlung mit der Mahnung zur Einigkeit und zum Festhalten am Verbands vom Vorsitzenden geschlossen.

Schweidnitz. Am 25. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Unser Verband im neuen Deutschland, Vorstandswahl, Verschiedenes. Gauleiter Kamerad Schmidt referierte und verwies darauf, wie schwer es während der Kriegsjahre gewesen ist, von den Unternehmern etwas herauszubekommen, gerade in Schweidnitz zeigten sich dieselben am hartnäckigsten. Die Abhaltung von Versammlungen unterlag polizeilicher Aufsicht. Vom Generalkommando hing es ab, ob überhaupt eine Versammlung stattfinden durfte. Diese günstige Gelegenheit nutzten die Unternehmer aus. All dieses haben wir durch die Revolution beseitigt. Wir können nun ungehindert zusammentreffen, wo es uns beliebt. Es sei nun auch Pflicht jedes einzelnen, unsere Organisation zu stärken, damit wir allen neuen Käufern kräftig entgegen treten können. Ferner waren durch Einberufung zum Heere unserer Zahlstelle die besten Kräfte entzogen. Trotzdem ist es aber gelungen, durch Mitwirkung unseres Gauleiters die Zahlstelle zu halten und den Lohn erheblich zu verbessern. Kamerad Schmidt gab dann bekannt, daß er vor Beginn der Versammlung die Abrechnung vom 4. Quartal beim Kameraden Richter prüfte und alles in bester Ordnung vorfand. Er verwies ferner darauf, daß unsere Zahlstelle durch Einberufung sämtlicher Vorstandsmitglieder in großer Gefahr geschwebt hätte, wenn nicht Kamerad Richter sich der Sache angenommen hätte. Die Kameraden sind nun aus dem Felde zurückgekehrt bis auf jene, die ihr Leben im Kriege einbüßten. Alle Zurückgekehrten haben sich unserer Zahlstelle wieder angeschlossen, und jüngere Kameraden wurden neu aufgenommen, so daß unsere Zahlstelle wieder kräftig dastehet, was aus der gut besuchten Versammlung zu ersehen sei. Den nächsten Freitag haben wir nun dank der Organisation eingeführt, und die Unternehmer haben die Umrechnung vornehmen müssen, so daß der Stundenlohn jetzt 1,28 beträgt. Die Differenz ist vom 31. November 1918 ab nachzuzahlen; die meisten Unternehmer haben bereits nachgezahlt, bloß der Unternehmer Krebs hat es noch nicht für nötig gehalten, die Nachzahlung vorzunehmen. Wir werden ihn aber dazu zwingen. Nun wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Unter „Verschiedenes“ wies Kamerad Günte auf die Nationalversammlung hin, welche in unserm Wahlkreis zu unsern Gunsten ausgefallen ist. Jeder sollte sich in den sozialdemokratischen Wahlverein aufnehmen lassen. Er wies ferner auf die preussische Landesvertragswahl hin; jeder solle dazu beitragen, daß auch diese Wahl ebenso gut ausfalle wie die vom 19. Januar.

Wernigerode. Am 1. Februar fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Hierauf wurde die Vorstandswahl vorgenommen sowie die Wahl der Kartelldelegierten, der Volkspartei-Kommission und der Revisoren. Sodann kamen Lohnstreikigkeiten auf dem Plaque Brest & Reinhard zur Sprache. Die Versammlung beschloß, für strikte Durchführung der Lohnregelung einzutreten; auch soll die Arbeitsgemeinschaft auf allen Plätzen die Nachzahlung von 12 1/2 pro Stunde ab 30. November bis 1. Januar verlangen.

Witten. Nach Beendigung des Krieges fanden in unserer Zahlstelle, die eingezogen war, 5 Versammlungen statt. In der ersten Versammlung, die am 1. Dezember

1918 stattfand, war Kamerad Janzen, Düsseldorf, anwesend, um die Zählstelle wieder zu eröffnen. Er referierte zu gleicher Zeit über die Umwälzungen infolge der Revolution und ermahnte die Anwesenden, nun kräftig zu agitieren und die neuen Erwerbsverhältnisse zu kräftigen und zu fördern helfen. Da in dieser Versammlung nur ein provisorischer Vorstand gewählt war, wurde in der Versammlung am 11. Januar 1919 die Vorstandswahl vorgenommen; als erster Vorsitzender wurde Walbeher, als zweiter Damm, als erster Kassierer Richter, als zweiter Heintz, als erster Schriftführer Ernst Richter, als zweiter Schröder, als Revisor Schulz und Korthaus gewählt, außerdem wurde ein Kartelldelegierter gewählt sowie eine Agitationskommission von 4 Mitgliedern und ein Schlichtungsausschuß, welcher aus je 3 Mitgliedern besteht. Dann wurden die Lohnverhältnisse an Orte besprochen. Tarismäßig müßte der Stundenlohn M 1,60 betragen, auf einzelnen Plätzen beträgt der Stundenlohn jedoch M 1,62. So wurde von allen Kameraden befristet, daß eine Lohnhöhung eintritt, da der Stundenlohn von M 1,60 tatsächlich den Verhältnissen nicht entspricht und von jedem ungelerten Fabrikarbeiter überholt wird. Es wurde daher beschlossen, sich mit den anliegenden Zählstellen zu verständigen und das Resultat dem Gauleiter zu unterbreiten. Hiernach wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt.

Sterbetafel.

Bielefeld. Am 8. Februar starb infolge eines Unglücksfalles unser Mitglied **Georg Geithus** aus Heepen im Alter von 41 Jahren.

Eisenach. Am 4. Februar starb infolge eines Unglücksfalles unser Kamerad **Martin Simon** im Alter von 39 Jahren.

Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Bei der Aufrichtung eines 35 m hohen eisernen Schornsteins der Firma Strobach in Bielefeld kippte derselbe um, durchschlug das Gerüst, und der darauf stehende Zimmerer **Georg Geithus** stürzte ab. Die Kopfverletzungen waren so stark, daß der Tod sofort eintrat. Bei Beachtung sämtlicher Schutzvorrichtungen konnte das Unglück verhindert werden. Das Gerüst entspricht in keiner Weise den Anforderungen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände am 1. und 2. Februar 1919 in Berlin. Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit dem Vorschlage der Herausgabe eines Gewerkschaftsblattes für die besetzten linksrheinischen Gebiete, da diese für die Dauer der Besetzung von dem Verkehr mit den Verbandsvorständen abgeschnitten sind. Es ist zunächst die Möglichkeit gegeben, von dem englischen Oberkommando die Erlaubnis zur Einführung der Verbandsorgane in das besetzte Gebiet einzuholen. Neuerdings ist jedoch auch die Möglichkeit vorhanden, auf dem Wege über bestimmte Sammelstellen die Gewerkschaftszeitungen in das besetzte Gebiet zu leiten. Der Versuch soll gemacht werden. Von weiteren Maßnahmen wird vorläufig abgesehen.

Mit dem Auswärtigen Amt hat die Generalkommission verhandelt über die Hinzuziehung einer Vertretung auch der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen. Die Hinzuziehung ist zugesagt worden. Auf die freien Gewerkschaften sollen 4 Vertreter entfallen. Für den Genossen Schläde ist infolge seiner Berufung ins württembergische Ministerium ein Ersatzmann in den Zentralausschuß der großen Arbeitsgemeinschaft zu bestimmen, der ihn in den Sitzungen n. n. vertritt. Schläde bleibt jedoch Vorstandsmitglied.

Die Deutsche Liga für den Völkerverbund hat den Genossen Legien ersucht, den Vorsitz in der sozialpolitischen Abteilung derselben zu übernehmen. Er hat sich dazu bereit erklärt. Es ist weiter vorgesehen, das Auswärtige Amt zu veranlassen, bestimmte gewerkschaftliche Grundforderungen zur Aufnahme in den Friedensvertrag vorzubereiten. Diese Grundforderungen entsprechen im allgemeinen dem Berner Programm. Eine Einladung, sich dem Aufruf zum Protest gegen die beschlossene Wegnahme der deutschen Kolonien anzuschließen, hat die Generalkommission abgelehnt. Das Auswärtige Amt plant weiter eine völlige Reorganisation des Nachrichtenwesens bei den ausländischen Konsulaten und Gesandtschaften. Es besteht die Aussicht, daß dabei eine schon früher erhobene Forderung der Gewerkschaften, bei diesem Nachrichtendienst, soweit es sich um das Wirtschaftsleben und Arbeiterfragen handelt, durch besondere Vertreter beteiligt zu werden, erfüllt wird. Es soll weiter eine wirtschaftspolitische Abteilung eingerichtet werden, in der Lehrkräfte für diesen Nachrichtendienst errichtet werden. Die Kosten derselben sollen von den Beteiligten getragen werden. Die Generalkommission wird es nicht ablehnen können, sich an dem Unternehmen auch finanziell zu beteiligen.

Neben der internationalen Konferenz in Bern planen einige englische und französische Delegierte — Henderson und Jouhaux — zugleich die Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz. Es ist den von den deutschen Gewerkschaften bestimmten Delegierten aufgegeben worden, wenn sie an einer solchen Konferenz teilnehmen, die Gewerkschaften in keiner Weise festlegen zu lassen, da für diese nach wie vor die schon früher üblich gewesenen internationalen Gewerkschaftskonferenzen maßgebend bleiben. Es handelt sich bei dem Versuch von Henderson und Jouhaux allem Anschein nach darum, die Gewerkschaftsinternationale in eine bestimmte einseitige Richtung zu drängen. Es ist bereits auch Vorkehrung getroffen, daß am 8. März in Amsterdam eine internationale Gewerkschaftskonferenz stattfindet.

Aus dem Bureau der Generalkommission ist der Genosse Wissell vorläufig ausgeschieden infolge seiner Berufung in den Rat der Volksbeauftragten. Von den Angestellten

scheidet der Genosse Aman aus, der eine Stellung in seiner Gewerkschaft angenommen hat. An seine Stelle tritt der Genosse Bachhaus. Es liegt weiter ein neuer Antrag der Angestellten vor auf Gewährung der Feuerzuzulagen für Kinder.

Genosse Paeplov berichtet über Verständigungsversuche mit den Bauarbeiterverbänden in Frankreich und Belgien, besonders hinsichtlich des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Verbindung mit der Gefangenenselbsttätigung (Zwangsarbeit). Es hat sich dabei Gelegenheit geboten, den belgischen Bauarbeiterverband aus internationalen Mitteln mit einer namhaften Summe zu unterstützen. Auf eine Anregung desselben Genossen betreffs Unterstützung der aus Elsas-Lothringen ausgewiesenen Deutschen erklärt Wissell, daß die Regierung für ausreichende Unterstützung Vorsorge getroffen hat. Paeplov regt weiter die Schaffung eines besonderen Ministeriums für die besetzten Gebiete an, um auf diese Weise die deutschen Interessen intensiver wahrnehmen zu können. Wissell erklärt demgegenüber, daß alle Versuche zu einer Milderung der Bedingungen in den besetzten Gebieten an dem Widerstand der Ententebehörden, besonders dem der Franzosen und Belgier, scheitern.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit“, führt Legien aus, daß die anfängliche Ausschaltung der Gewerkschaften aus rein politischen Zweckmäßigkeitsgründen mehr und mehr dahin geführt hat, dieselben auch wirtschaftlich ganz auf die Seite zu drängen, wie unter anderem die Vorgänge in Kiel, Hamburg und Bremen bewiesen haben. Es sei angeregt worden, gegen diese Vorgänge öffentlich Protest zu erheben. Die Generalkommission habe demgegenüber eine abwartende Stellung eingenommen, in der sicheren Voraussicht, daß die durch diese Maßnahmen benachteiligten Arbeiter selber in kurzer Zeit Ordnung schaffen würden. Sollten jedoch, wie es in Bremen seitens der „Regierung“ befohlen ist, neue Ortsverwaltungen gewählt werden müssen, so sei den auf diese Weise gewählten Vertretungen unbedingt die Anerkennung der Zentralverbände zu versagen. Aber nicht nur in unabhängigen Kreisen spürt die Idee von der „Neberlebtzeit der alten gewerkschaftlichen Epoche“, auch im „Vorwärts“ werden ähnliche Gedanken vertreten. Auch da wird der Vereinigung des Räteystems das Wort geredet. Diesem gegenüber ist vor allem einzumenden, daß das Räteystem zwar die gesamten Arbeiter eines Betriebes erfasst, aber von einer Organisation und der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Ausgleiches unter der Gesamtheit der Betriebe eines Berufes keine Rede sein kann, weil es nicht möglich ist. Die Arbeiter stehen dabei also ohne wirtschaftliche Vertretung da. Sie entbehren der Unterstützung in den Fällen, wo sie derselben am dringendsten bedürfen. Aber das Räteystem will auch die Arbeiterschaft hinsichtlich ihrer Entlohnung wiederum den Schwankungen der Konjunktur unterwerfen, indem es die Ansprüche der Arbeiter von der jeweiligen Rentabilität des einzelnen Betriebes abhängig macht. Das ist zugleich die Aufhebung der bisherigen Gesetze der Solidarität. Jeder nimmt für sich, was er irgend bekommen kann. Das ist die gewerkschaftliche Grundidee des Räteystems. Es ist zu fragen, ob das Räteystem in die Gewerkschaften eingegliedert werden kann. Die Frage ist nach seiner Ansicht zu verneinen. Die Räte könnten allenfalls die Bedeutung der bisherigen Arbeiterausschüsse erhalten und die Funktionen derselben erfüllen. Auf den Namen kommt es dabei nicht an. Die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen dagegen muß nach wie vor den Gewerkschaften vorbehalten bleiben, weil es anders gar nicht geht. Eine andere Frage ist die, ob in die Verfassung des Deutschen Reiches eine Reihe von wichtigen gewerkschaftlichen Grundrechten aufgenommen werden soll. So dürfte es unbedingt notwendig sein, das Recht der Koalition verfassungsmäßig festzulegen.

In der Diskussion wird der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die wirtschaftlichen Aufgaben von den Arbeiterräten nicht erfüllt werden können, weil damit jede Stabilität der Lohn- und Arbeitsbedingungen beseitigt würde. Im Baugewerbe ist man zu der Ansicht gelangt, an Stelle der Arbeiterausschüsse Baustellenlegierete einzusetzen, die in engerer Fühlung mit den Gewerkschaften stehen. Das Streikrecht verfassungsmäßig festzulegen, sei kaum erforderlich, wenn wir überzeugt sind, daß wir der Sozialisierung entgegengehen. In sozialisierten Betrieben dürfte der Streik keine Rede mehr sein. Da müssen andere Einrichtungen geschaffen werden, die den Arbeitern die Wahrung ihrer Rechte sichern, ohne daß sie nötig haben, zu streiken. Von anderer Seite wird befürchtet, daß den Gewerkschaften Kämpfe bevorstehen, die die früheren Kämpfe zwischen Lokalfisten und Zentralisten weit in den Schatten stellen werden. Von einem Redner wird der Einführung des Räteystems in die Gewerkschaften das Wort geredet. Es müsse hier eine Verständigung angestrebt werden. Das Koalitionsrecht müsse auch den ausländischen Arbeitern in Deutschland gesichert werden. Auch von diesem Redner wird betont, daß die Gewerkschaften auch in der Zukunft sehr notwendig sein werden. (Schluß folgt.)

Bekanntmachungen

der **Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer** (Erfassliste in Hamburg).

Bureau: **Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et.**
Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. Januar 1919 erhielt die Gaukasse aus den örtlichen Verwaltungen: Altendörp M. 55, Alliegebrücke 24,02, Arensdorf 14,68, Bahn 50, Barmen 80, Beed 50, Brunsbüttel 40, Burg 200, Cassel 150, Charlottenburg — 30, Doberan 80, Elbing 4, Gulin 100, Fochenheim 100, Frankfurt a. d. O. 65,93, Friedrichshagen 200, Fürstenwalde 100, Fürtz 80, Gelsenkirchen 50, Genshar 64, Görlitz 200, Göttingen 100, Glöströw 100, Hannover 7,50, Helmstedt 100, Hintersdorf 100, Kahla 9,50, Kallberge 150, Kellinghufen 20, Kempen 79,02, Kolzig 100, Konstanz 58,18, Rüpelin 29,01, Krözingen 60, Lichtenberg II 100, Ludenwalde 100, Mariendorf 100, Merseburg 150, Neubrandenburg 60, Neu-

kloster 82, Neufölla 500, Nürnberg 150, Ober-Schöneweide 129,36, Ohlau 100, Oranienburg 141,50, Panfom 200, Penzig 60, Pringslaß 42,44, Regenwalde 94,54, Reichensachsen 70, Roda 11,27, Röhrda 60, Rostock 150, Rothenstein 20, Ruhrort 100, Saalfeld 40, Scharnbeck 34,07, Schlaben 4,36, Schönberg 200, Schwedt a. d. O. 79, Seib 50, Stargard 145,18, Stollberg 50, Stralsund 200, Stuttgart 5, Süßit 80, Torgelow 18,90, Velken 100, Verden 131,79, Warnemünde 65, Weinböhla 29, Wernigerode 50, Wilhelmshagen 40, Wismar 150, Wittenberg 100, Wittenburg 87,04. Summa M. 6761,54.

Zuschuß erhielten vom 1. bis 31. Januar 1919 die örtlichen Verwaltungen: Bamberg M. 100, Bäckingen 100, Braunschweig 100, Breslau 200, Budow 200, Köln 200, Dortmund 130, Eberswalde 100, Elbing 300, Elmendingen 50, Eifen 150, Feuerbach 75, Frankfurt a. M. 200, Freiburg 200, Freyhan 200, Frieda 100, Gr.-Diterleben 100, Gr.-Seelheim 200, Hamburg I 500, Hamburg II 300, Hamburg IV 100, Heilbronn 300, Herzfelde 165, Hildesheim 300, Hohenheim 100, Hohenleina 45, Hohenstedt 200, Jüterbog 50, Kiel 400, Lauenburg 286, Leipzig 600, Lischwitz 200, Ludwigs-hafen 70, Magdeburg 200, Mannheim 150, München 600, Nowawes 300, Osterheim 250, Pasewalk 60, Pegau 120, Pleßhaußen 80, Pölich 250, Posen 150, Potsdam 120, Reichenhall 80, Röhrda 60, Schwern 300, Stettin 500, Straußberg 60, Tegele 200, Teßin 180, Wattencheid 155, Wedel 150, Weimar 350, Würzburg 100, Zellin 100, Zittau 50. Summa M. 10 886.

Von verschiedenen Verwaltungsstellen ist die Abrechnung für das vierte Quartal noch nicht eingelangt. Die Kassierer werden aufgefordert, dieselben unverzüglich fertigzustellen und einzusenden.

Wo die Neuwahlen zur örtlichen Verwaltung stattgefunden haben, sind uns die Namen und Adressen der gewählten Kameraden mitzuteilen. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

„Wo bleibt Nr. 6 des „Zimmerer“? Auf diese aus vielen Zählstellen gestellte Anfrage zur Mitteilung, daß Nr. 6 des „Zimmerer“ infolge Streiks der Eisenbahn- und Postbeamten in Hamburg erst am Freitag, 7. Februar, zur Post gegeben und befördert werden konnte, wodurch sich die Zustellung allerwärts um 2 Tage verzögert hat.“

Versammlungsanzeiger.

- Dienstag, den 18. Februar:**
Serford: Gleich nach Feierabend bei Büchner, Brüderstraße 36.
- Mittwoch, den 19. Februar:**
Wesel: Abends 5 1/2 Uhr bei Rolfing, Baustraße.
- Donnerstag, den 20. Februar:**
Lissa i. P.: Abends 6 1/2 Uhr in Hernels Restaurant, „Neuer Ring“.
- Freitag, den 21. Februar:**
Coburg: Nach Feierabend im Lokale „Neue Welt“, Leopoldstraße.
- Sonntag, den 22. Februar:**
Coswig: Im Volkshaus. — **Doberan:** Abends 7 Uhr in „Stadt Lübeck“. — **Hagenow:** Eine halbe Stunde nach Feierabend. — **Hattingen a. d. R.:** Abends 7 Uhr im Lokale von Kersting, Sprachhöveler Straße. — **Herne:** Abends 7 Uhr bei Witwe Bomm, Bochumer Straße 7. — **Waren:** Abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Traube“. — **Witten:** Abends 7 Uhr im Verkehrslokale von Heinrich Röhmeier, Ardenstr. 104.
- Sonntag, den 23. Februar:**
Bielefeld: Vorm. 10 Uhr in der „Zentralhalle“, Am Kesselbrink. — **Fürstenwalde:** Bei R. Niedermeier, Windmühlenstraße. — **Menel:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3d.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
Verwaltungsstelle Hamburg (sämtliche Bezirke).
Sonntag, den 23. Februar, nachm. 4 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Lokale des Herrn Stoppel, Rostocker Straße 50.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung; 2. Die Zahlung der Beiträge für arbeitslose Mitglieder durch das Arbeitsamt; 3. Jahresbericht. 4. Unsere Agitation. 5. Verschiedenes.
Um vollzähliges Erscheinen eruchtet Der Vorstand.

Achtung! Zählstelle Celle. Achtung!
Die Adresse des ersten Vorsitzenden lautet:
Robert Lenzki, Tribunalgasse 2a,
die Adresse des Kassierers lautet:
Heinrich Lohmann, Fehrbergerstr. 12.
Arbeitslosenkontrolle ist beim Kassierer von 9 bis 10 Uhr vormittags. Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung ist Sonnabends von 6 Uhr abends an. Die Versammlungen finden am ersten Sonntag nach dem 1. im Monat, nachmittags 3 Uhr, statt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Zählstelle Mannheim u. Umg.
Die Adresse des 1. Vorsitzenden ist Wilh. Münz, D 1 19; die Adresse des 1. Kassierers ist Wilh. Mandel, Langstr. 32/34. Alle Verbandsangelegenheiten sind an den Vorsitzenden und kassengeschäftliche Angelegenheiten an den Kassierer in das Bureau, Gewerkschaftshaus, F 4 9, zu richten. Alle Geldsendungen adressiere man an die Wohnung des Kassierers, Langstr. 32/34. [90 4] Der Vorstand.